

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 646 ppbn d

## Inhalt

Anke Fuchs MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, konfrontiert Regierungsversprechen mit der Wirklichkeit: Familien von der Wende dramatisch betroffen. Seite 1

Hans-Ulrich Klose MdB, Mitglied des Landesvorstandes der Hamburger SPD, warnt die Friedensbewegung: Weder von innen noch außen zur Gewalt provozieren lassen. Seite 4

Dr. Anke Martiny MdB, Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, befaßt sich mit den ökonomischen Folgen, die eine Abschaffung der Filmbewertungsstelle hätte: Wende gegen Filmtheater. Seite 5

### Rezension

Klaus-Peter Josten bespricht das soeben im Rowohlt-Verlag erschienene Buch "Die Aufrüstung der Welt", das eine Bestandsaufnahme der Überrüstung und deren Folgen zum Inhalt hat. Seite 6

39. Jahrgang / 186

28. September 1983

Familien von Wende dramatisch betroffen

Die Forderung des Deutschen Familienbundes nach einem Notprogramm ist berechtigt

Von Anke Fuchs MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Familienbund fordert ein Notprogramm für die Familie. In unserer Regierungszeit sind wir gerade vom Deutschen Familienbund mit herber Kritik bedacht worden. Stets aber gab es konstruktive Zusammenarbeit und unsere familienpolitischen Verbesserungen wurden anerkannt. Nach wie vor ist es beachtlich, welche Verbesserungen wir durchgeführt haben, insbesondere, wenn wir an die Höhe des Kindergeldes denken.

Wie dramatisch die Familien von der Wende betroffen sind, zeigt die berechtigte Forderung nach einem Notprogramm. In der Tat ist die Verbitterung und Enttäuschung über die Familienpolitik nach der Wende verständlich.

Erinnern wir uns. Noch im Jahre 1982 wurde vom heutigen Familienminister, vom heutigen Arbeitsminister, vom Bundeskanzler die Familienpolitik als das wichtigste begriffen. So hieß es zum Beispiel in dem Wahlauftrag der damaligen CDU/CSU wie folgt: "Eine Politik, die jetzt an der Familie spart, wird uns allen teuer zu stehen kommen." Nach in der Regierungserklärung von Helmut Kohl hieß es: "Ein zentraler Punkt unserer Politik ist die Familienpolitik."

Darauf folgen die Taten: Die Familien wurden geschröpft und zwar massiv. Besonders familienfeindlich sind folgende Maßnahmen:

- Abschaffung des BaföG,
- Einschränkung beim Wohngeld,
- Einschränkung bei der Sozialhilfe,
- Verschlechterungen im Rentenrecht,
- Kürzung des Mutterschaftsurlaubsgeldes.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/27  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Träger:  
Deutscher Gewerkschaftsbund  
DGB



Im Bereich der Sozialhilfe ist der Bundesregierung etwas besonders Mißes eingefallen. Sie will die an sich erstrebenswerte Drei-Generationen-Familie in die Sozialhilfe einbauen und damit Unfrieden vor allem in die Familien bringen, die ohnehin nicht zu den stabilsten gehören. Die Bundesregierung will nämlich, daß in der Sozialhilfe die Großeltern für die Enkel oder umgekehrt, die Enkel für die Großeltern herangezogen werden können. Wie mühsam haben wir hier Verbesserungen durchgesetzt. Jetzt wird das kurzerhand zurückgedreht.

Die Steuerpolitik wirkt sich einseitig zu Gunsten der kinderlosen Ehe aus. Das Ehegattensplitting ist eine ungerechte steuerliche Behandlung der Familie. Wir stimmen all denen zu, die den Versuch unternehmen wollen, hier eine sozial gerechte Lösung zu schaffen. Sie kann aber nicht darin bestehen, das heutige Kindergeld abzuschaffen, um damit Steuerentlastungen, insbesondere nach ungerechten Maßstäben einzuführen. Denn eine reine Steuerentlastungspolitik würde dazu führen, daß diejenigen, die viel Steuern zahlen, für ihre Kinder eine höhere Entlastung in Anspruch nehmen, als diejenigen, die weniger zahlen. Deswegen sind wir dafür, daß man eine Entlastung von der Steuerschuld mit dem direkten Kindergeld kombiniert. Und natürlich hat der Deutsche Familienbund Recht, wenn er bei knappen Kassen fordert, zunächst für die sozial Schwachen Hilfen zu geben.

Insgesamt aber leidet die Familienpolitik seit Jahren darunter, daß sie ausschließlich an finanziellen Instrumenten geführt wird. Sicherlich ist es wichtig, daß die Rahmenbedingungen für eine Familienpolitik stimmen. Und die Sozialdemokraten stimmen all denen zu, die sich für mehr finanzielles Engagement des Staates für die Familie einsetzen. Daneben geht es aber auch um Lebensperspektive für die Mitglieder der Familie, insbesondere für die Frauen. Deswegen bleiben wir hartnäckig an dem Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die jungen Frauen wollen eine Perspektive, wie sie Kinder und Erziehungsaufgaben mit dem Beruf vereinbaren können, deswegen ist die sechsmonatige Arbeitsplatzsicherung beim Mutterschaftsurlaub so wichtig und die Kürzung so unerträglich, deswegen streben wir einen Elternurlaub für beide Elternteile an und deswegen müssen Kindererziehungsjahre in der Rentenversicherung anerkannt werden.

Hinzu kommen muß die Diskussion über die kommunalen Probleme, zum Beispiel über die Öffnungszeiten von Kindergärten und die Ganztagschulen. Daneben sind für junge Familien insbesondere die Mietprobleme gravierend; für Alleinerziehende sind diese Probleme oft unlösbar. Es wird auch übersehen, daß familienpolitische Hilfen langfristig angelegt sein müssen. Es ist falsch, zu meinen, Geldleistungen bei der Geburt des Kindes seien familienpolitisch das wichtigste. Und ganz unerträglich wird die Diskussion, wenn so getan wird, als ob wir junge Menschen ermuntern sollen, Kinder zu bekommen, um die Rentenversicherung im Jahre 2030 zu finanzieren. Dieses ist auch eine ökonomisch schiefe Diskussion. Die Bundesrepublik hat andere ökonomische Probleme, als die Zahl der Geburten in Deutschland. Die Rentenversicherung leidet heute unter der Arbeitslosigkeit; durch die Haushaltsbegleitgesetze wird die Abhängigkeit von der Arbeitslosenzahl ein Dauerproblem.

Die Rentenversicherung muß sich darauf einstellen, daß die technische Entwicklung weniger Beitragszahler zur Folge haben kann, und deswegen ist eine andere Finanzierung



erforderlich, zum Beispiel durch einen Wertschöpfungsbeitrag. Heute geborene Kinder sind später nur dann Beitragszahler, wenn sie beitragspflichtig beschäftigt sind. Beamte, Arbeitslose, Selbständige, Nichterwerbstätige zählen nicht dazu. Kann die Bundesregierung garantieren, daß auch alle Mädchen, die heute geboren werden, später einen Arbeitsplatz bekommen? Nur dann werden sie Beitragszahler. Oder will die Bundesregierung in ihrer rentenversicherungsbezogenen Bevölkerungspolitik die Menschen auch noch dazu ermuntern, möglichst nur Söhne zu bekommen?

Auch für Sozialdemokraten bleibt festzuhalten: Wir leben in einem reichen Land. Es kann nicht sein, daß wir das Leben in unserem Land so organisieren, daß junge Leute nicht selbstverständlich Kinder haben wollen. Deswegen ist es eine wichtige geistige, moralische und kulturelle Aufgabe, den Menschen zu sagen, daß es eine Bereicherung ist, mit Kindern zu leben. Dieses aber erfordert eine kinderfreundliche Umwelt; und ich komme zurück auf mein Beispiel des Rasenmähers, dessen Krach um die Mittagszeit geduldet wird, während das Schreien eines Kindes zu Protesten führt.

Die Familie hat eine Zukunft. Untersuchungen und Gespräche mit jungen Leuten zeigen, daß nach wie vor die Familie für die Zukunft der Kern menschlichen Zusammenlebens bleibt. Auch die Familie ist Veränderungen unterworfen. Niemand soll glauben, mit dem nostalgischen Rückgriff auf die Familienstrukturen des 19. Jahrhunderts könne der Familie des 20. Jahrhunderts geholfen werden. Wir wissen, daß die Familie ihren inneren Wert behält, aber sie kann nicht die heile Welt sein, wenn in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Konflikte vorhanden sind. Es gibt eine Fülle von unterschiedlichen Bedürfnissen nach Nähe, Zugehörigkeit und Verständnis, von stetigem Ausgleich, von Freud und Leid, nach gemeinsamen Tun. Dieses kann natürlich in einer Familie als einer besonderen Gemeinschaft leichter durchgesetzt werden.

(-/28.9.1983/ks/rs)

+ + +



**Der "heiße Herbst" - ein Schreckgespenst der Regierenden**  
-----

Die Friedensbewegung muß sich jeglicher Gewalt-Provokation erwehren

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Mitglied des Hamburger SPD-Landesvorstandes

Die Stärke der Friedensbewegung liegt in ihrer Friedfertigkeit. Das hat sich bei vielen Gelegenheiten gezeigt, zuletzt bei der friedlich (gewaltfrei) verlaufenen Blockade in Mutlangen.

Dennoch ist die Friedfertigkeit gefährdet. Zum einen gibt es unter dem Dach der Friedensbewegung kleine militante Gruppen, denen es ganz offensichtlich weniger um die Sache des Friedens als vielmehr darum geht, den Staat anzugreifen, wo immer sich dazu eine Chance bietet. Für diese Gruppen - Autonome und Spontis - ist die demokratische Ordnung der Bundesrepublik ein "Schweinesystem", das gewaltsam zerschlagen werden muß. Nur so sei "autonome Freiheit" - was immer das ist - erreichbar.

Bisher hat es die Friedensbewegung geschafft, sich von diesen Gruppen zu distanzieren und Distanz zu halten. Sie hat Gewaltlosigkeit nicht nur verkündet, sondern in Plan-spielen konkret geübt. Notfalls - so erklärten die jungen Leute in Mutlangen - werde man sich schützend vor die Polizei stellen. Eine bewundernswerte Haltung, die Anerkennung verdient.

Aber die Anerkennung von seiten der Regierenden ist bisher ausgeblieben. Im Gegenteil: die christdemokratischen Techniker der Inneren Sicherheit (Zimmermann und Spranger) lassen - wie auch der Generalsekretär der CDU - keine Gelegenheit aus, die Friedensbewegung als "sogenannte" Friedensbewegung zu diffamieren. Und sie warnen mit großen Worten vor der Gefahr eines "heißen Herbstes". Warum?

Mag sein, daß es vereinzelt Anlaß zu wirklicher Sorge gibt, dort nämlich, wo die autonomen Gruppen mit Steinen und Knüppeln auftauchen. Insgesamt aber müßten die gut informierten Sicherheitsexperten wissen, daß die Friedensbewegung in ihrer großen Mehrheit Gewaltlosigkeit will und praktiziert.

Wenn die Regierenden dennoch den "heißen Herbst" als Schreckgespenst propagieren, so nährt das den Verdacht, daß sie ihn herbeireden möchten. Dann nämlich könnten sie ihrerseits - legitim? - Gewalt anwenden und brauchten nicht mehr in der Sache zu diskutieren. Die Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung könnte so leicht und demonstrativ infrage gestellt werden.

Es kommt also entscheidend darauf an, daß die Friedenstag im Oktober friedlich verlaufen. Die Friedensbewegung darf sich auf keinen Fall und von keiner Seite provozieren lassen. Sie muß sich gegen die Befürworter von Gewalt in den eigenen Reihen ebenso entschieden wenden wie gegen alle Versuche, eine gewalttätige Lage herbeizureden.

Sozialdemokraten können dabei helfen; am besten dadurch, daß sie sich selbst an den Aktionen der Friedensbewegung beteiligen.

Für den Frieden mit friedlichen Mitteln - das ist die Losung. Würde sie eingelöst, wäre dies ein großer Beitrag zur Entwicklung von politischer Kultur.

(-/28.9.1983/ks/rs)

+ + +



Wende gegen die Filmtheater  
-----

Mit ideologischen Scheuklappen gegen den Mittelstand

Von Dr. Anke Martiny MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Also, nachtragend sind sie schon, die Brüder von der Union: Bei der Kultusministerkonferenz am morgigen Donnerstag wollen sie die im Jahr 1980 ausgesprochene Qualifizierung des Films "Der Kandidat" zum Anlaß nehmen, möglicherweise die ganze Filmbewertungsstelle der Länder aus dem Sattel zu heben.

Wie das geht?

Das geht so: Die Filmbewertungsstelle der Länder mit Sitz in Wiesbaden vergibt für Spielfilme, Kinder- und Jugendfilme, aber auch für Kurzfilme und andere Gattungen die Prädikate "Besonders Wertvoll" und "Wertvoll". So ausgezeichnete Filme befreien ein Kino, wenn es diese in einer Vorstellung spielt, von der Vergnügungssteuer. Man mag diese Konstruktion für sinnvoll halten oder nicht, Tatsache ist aber: Wenn Vergnügungssteuer anfällt, ist das "Produkt Filmvorführung" für den Filmtheaterbesitzer teurer. Wie nun jeder weiß, ist die große Zeit des Kinos durch die Konkurrenz des Fernsehens vermutlich ohnehin vorbei und zahllose Filmtheaterbesitzer kämpfen um das Überleben. In dieser Zeit eine steuerliche Mehrbelastung für die Filmtheaterbesitzer auch nur zu erwägen, dadurch daß man die Filmbewertung, an der das Ganze hängt, zu Fall bringt, wäre eine in hohem Maße mittelstandsfeindliche Maßnahme.

Und dann noch der Anlaß! Niedersachsen und Bayern sind tatsächlich drei Jahre lang beleidigt, weil vier Filmautoren über den Kandidaten Strauß und seinen Bundestagswahlkampf 1980 einen Film selbst finanziert und in die Kinos gebracht haben, für den sie auch noch die Unverfrorenheit besaßen, eine Qualifizierung zu erwirken.

Dabei müßte - so rechnet der Laie - doch auch im Jahre 1980 diese Ländereinrichtung schön christdemokratisch majorisiert gewesen sein? Sind sich die Unionschristen also drei Jahre später weniger einig als damals?

Eins ist jedenfalls klar: Bei diesem ideologischen Wendemanöver droht ein mittelständischer Berufszweig über Bord zu gehen, wenn es den Sozialdemokraten in der Kultusministerkonferenz und den vielleicht doch noch liberal gesonnenen Christdemokraten nicht gelingt, das Feuer aus Bayern und Niedersachsen auszutreten.

(-/28.9.1983/ks/rs)

+ + +



BUCHBESPRECHUNGDer Kriegsatlas oder "Die Aufrüstung der Welt"

"Die Aufrüstung der Welt", Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1983, DM 25.

"Alle zehn Sekunden werden weltweit 4.000 Dollar für die Militarisierung des Welt- raums ausgegeben" - oder - "mit den Kosten einer sogenannten Luft-Luft-Rakete könnten die Lebenshaltungskosten von zehn Tausend Menschen eines kleinen Dritte-Welt-Landes ein Jahr lang sichergestellt werden" - ja mehr noch - "die Kosten eines Zehn-Jahres- programm zur Deckung der wichtigsten Nahrungs- und Gesundheitsbedürfnisse in den Entwicklungsländern betragen weniger als die Hälfte der jährlichen Rüstungsausgaben". Mit solch drastischen Vergleichen wartet ein neuer Atlas auf, der nun in der Reihe RoRoRo-Aktuell erscheint. Es ist die Übersetzung des in britischen Buchhandlungen bereits ausliegenden "War Atlas", der unter dem deutschen Titel "Die Aufrüstung der Welt" ab Mitte dieser Woche bei uns für 25 DM erhältlich sein wird.

Verfasser sind Michael Kidron, der 1981 schon den RoRoRo-Atlas "Hunger und Waffen" mitgestaltete, und Dan Smith, ehemaliger Mitarbeiter am Stockholmer Friedensforschungs- institut SIPRI. Erstellt unter anderem aus Quellen wie den SIPRI-Jahrbüchern, des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London, aber auch aus amerikani- schen Kongreßdrucksachen und Regierungsunterlagen fand die herrschende Welt-Kriegs- ordnung ihre erste anschauliche Darstellung.

Es ist den Londoner Autoren gelungen, die wissenschaftliche Sprache von über 100 ver- fgbaren Quellen in eine übersichtliche und deutliche geographische Gestaltung von 40 Karten in sieben Teilen mit kurzen Einleitungen umzusetzen. Kidron/Smith in ihrer Einleitung: "Wir dokumentieren nahezu 300 Kriege und ihre Ergebnisse seit 1945. Wir zeigen einen Ausschnitt der Vorbereitungen und Potentiale eines zukünftigen Krieges. Wir zeigen die Verteilung von Menschen und Material, die Netzwerke der Stützpunkte und Kommunikationseinrichtungen, die politische Teilung der Welt und den Einsatz der Streitkräfte zur militärischen Nötigung."

Die Graphiken werden ergänzt durch eine Vielzahl von Fakten und präsentiert unter zum Teil sarkastischen Überschriften. "Hey big spender" oder "With a little help from their friends" heißen zwei Titel im Englischen. Andere im Deutschen "Bombenerfolg", "Gemarterte Erde" oder "Krieg der Sterne". Im Kapitel Ressourcen wird die Aufteilung des Kuchens der Militärausgaben gezeigt: 47 Prozent die NATO - 26 Prozent der War- schauer Pakt - 27 Prozent Übrige. "80 Millionen Menschen arbeiten in den Streitkräf- ten oder für sie", heißt es da unter "Die großen Verschwender": Ressourcenverschwen- dung "vom einfachen Metall bis zu den kühnsten Höhenflügen menschlicher Vorstellungs- kraft".

Ungewohnte kartographische Verschleibungen stellen die wirklichen Proportionen der Supermächte auf den Atlas-Karten dar: Auf verständliche Darstellungen von Größen- ordnungen wurde der größte Wert gelegt. Hintereinanderfolgend werden so zum Beispiel die mächtige jedoch begrenzte territoriale Macht der "Sowjetischen Garnison" dem "US-Network", dem unschlagbaren Beobachtungs- und Nachrichtensystem gegenübergestellt.

Die Abbildung mit dem Titel: "Jede Menge Unsicherheit" zeigt die geographische Infla- tion des atomaren Wahnsinns: Staaten in Südamerika, in ganz Europa sowie mehrere arabische und asiatische Staaten werden in diesem Jahrzehnt Atomwaffen produzieren können. Eine Weltkarte voll schwarzer Atompilze.



In 113 der 150 Staaten von A wie Ägypten bis Z wie Zaire, die der Atlas berücksichtigt, gibt es mit insgesamt 26 Millionen Soldaten mehr Uniformierte als medizinisches Personal. In der Bundesrepublik ist es ein Verhältnis von 2-3:1, in Äthiopien sogar 10:1! Auch im Kapitel "Marktplatz", in den Karten von Waffenschmieden und -handeln wird aus der Bundesrepublik geographisch eine Großmacht.

Unter Punkt sechs behandelt der Atlas schließlich die unvermeidlichen "Nebenwirkungen", was keine ironische Pointe sein soll. Es ist vielmehr die Übersetzung des amerikanischen Militärbegriffs "Collateral Damage", will sagen unbeabsichtigte, aber unvermeidliche Zerstörungen durch Kriegsführung, womit auch die sozialen, politischen, moralischen und menschlichen Opfer der internationalen Militärordnung gemeint sein sollen. Letztes Opfer unvermeidlicher Nebenwirkungen - meinen die Autoren - könnte die ganze Menschheit sein. Bis dahin würden Menschen und ihre natürliche und soziale Umwelt portionsweise geopfert. In diesem Zusammenhang steht auch Karte 35, die von braunen Flecken übersät ist: Sie markieren die 53 Staaten, die seit 1945 von ihren Streitkräften beherrscht wurden oder noch werden.

Ganz am Ende bleibt doch noch etwas Hoffnung: Das Schlußkapitel enthält eine Karte über die weltweiten Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung und als letzte die von der "Rebellion gegen die internationale Militärordnung". Es ist die Weltkarte der Friedensbewegungen. Ihre Millionen Anhänger haben einstweilen auf der Karte Spruchbänder als Symbole hinterlassen - politische Veränderungen aber noch nicht bewirkt.

Klaus-Peter Josten

(-/28.9.1983/ks/rs)

+ + +

